

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen
und für Anzeigen die Anzeigen
anzeigen. - Erzgebirge
Verlagsgesellschaft - Leipzig Nr. 24.

Anzeigenpreise für die Anzeigen
Anzeigen für Anzeigen aus An
Anzeigen für Anzeigen aus An
Anzeigen für Anzeigen aus An
Anzeigen für Anzeigen aus An
Anzeigen für Anzeigen aus An
Anzeigen für Anzeigen aus An

Telegramme: Erzgebirge/Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1499

Nr. 24

Dienstag, den 29. Januar 1924

19. Jahrgang

Der tschechisch-französische Vertrag.

Tendenz gegen Deutschland und Ungarn.

Der Wortlaut des „Freundschafts- und Bündnisvertrages“ zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bringt zuerst eine Einleitung, in der die beiden Vertragschließenden sich ihrer friedlichen Absichten versichern. Sodann folgen fünf Punkte.

1. sich über alle gemeinsamen auswärtigen Fragen, die imstande wären, ihre Sicherheit zu bedrohen, ins Benehmen setzen und gemeinsame Maßregeln treffen wollen;

2. die Ausführung des Vertrages von St. Germain, und der mit Ungarn abgeschlossenen Verträge gemeinsam überwachen;

3. die Rückkehr der Hohenzollern und der Habsburger gemeinsam verhindern;

4. alle unter den Vertragschließenden entstehenden Fragen die auf diplomatischem Wege nicht gelöst werden können dem ständigen Gerichtshof im Haag oder einem besonders zu vereinbarenden Schiedsgericht übergeben und schließlich

5. den gegenseitigen Vertrag dem Völkerbund unterbreiten wollen.

Unterschiedet ist der Vertrag von Benesch und von Poincaré.

Ein englisches Urteil.

„Times“ schreiben zu der Unterzeichnung des tschechisch-französischen Vertrages, wenn dieser nichts anderes sei, als was er zu sein scheint, so sei es unnützlich, wenn mehr darin liegt, als an der Oberfläche ersichtliche, so stelle er die Wiederaufnahme der alten Praxis in der Behandlung der europäischen Angelegenheiten dar. Es sei wohl bekannt, daß die enge Fühlung zwischen dem tschechischen- und französischen Hauptquartier aufrecht erhalten werde. Es bestehe ein militärischer Vertrag ebenso wie ein politischer zwischen Frankreich und Belgien und auch zwischen Frankreich und Polen. Kredite zum Ankauf von Rüstungen sind von Paris in Jugoslawien und Rumänien angeboten worden, obgleich letzteres wochenlang habe, eine Anleihe zurückzuweisen. Die politischen und militärischen Vereinbarungen, welche Frankreich jetzt getroffen habe, seien gekennzeichnet durch eine Animosität gegenüber Deutschland und Ungarn. Diese durchaus militärische Politik widerspreche dem größten Teil der öffentlichen Meinung Englands und es bestehe hier die Überzeugung, daß sie in fast allen Ländern geteilt werde.

Ein neuer englischer Vorstoß?

Wie „Times“ melden, sei vor einigen Tagen der Herausgeber der „Nation“, Max Lippman, in dem man den künftigen englischen Botschafter in Paris sieht und der Macdonalds Vertrauen genießt, in Brüssel gewesen und habe dort mit mehreren Politikern, auch mit Wandervogel, Unterredungen gehabt, in denen er die Ansichten Macdonalds auseinandersetze. Unmittelbar darauf reiste Außenminister Jarrow nach Paris, ab. In diesem Zusammenhang wird auch in Paris angenommen, die Brüsseler Regierung sei durch Lippman in Kenntnis gesetzt worden, daß England in nächster Zeit zur Besetzungfrage in einer für Frankreich und Belgien nicht willkommener Weise Stellung nehmen werde, falls nicht von französischer und belgischer Seite rechtzeitig beruhigende Erklärungen in London abgegeben werden.

Macdonalds Mahnung in Frankreich totgeschwiegen.

Während die französische Presse außer Habas und „Quotidien“ das Interview Macdonalds völlig totschweiget, so daß laut einer Pariser Meldung kaum 1000 Franzosen davon gehört haben, gibt die Londoner Presse es ausführlich wieder. Nur die „Times“ folgen dem französischen Beispiel. Asquith nennt es in der „Westminster Gazette“ eine Indiskretion, aber glänzender Art, die in Frankreich nur gut wirken könne. Das Diehard-Organ verteidigt Poincaré gegen Macdonald aber in relativ maßvoller Weise.

Depoutte will den Beamtenabbau überwachen.

Den leitenden Stellen der deutschen Behörden im besetzten Ruhrgebiet und dem Präsidenten Düsseldorf hat der General Depoutte eine Verfügung zugesandt, in der er sich die Überwachung des durch die deutschen Behörden vorzunehmenden Beamten-, Angestellten- und Arbeiterabbaus vorbehält.

Militärkontrolle bis 31. Oktober 1924.

General Mollet hat am Sonnabend der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht, daß der Botschafter die Dauer der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland bis 31. Oktober 1924 festgesetzt hat.

Hypothekenaufwertung.

Einigung zwischen Finanz- und Justizministerium.

Da die letzten Beratungen des Kabinetts über die dritte Steuernotverordnung in der Aufwertungsfrage keine Einigung gebracht hatten, haben zwischen dem Reichsfinanz- und dem Reichsjustizministerium am Sonntag neue Verhandlungen stattgefunden, die, wie unterrichtet worden ist, mit der Einigung dahin endeten, daß die ursprünglich ganz allgemein gehaltene Ermächtigung an die Reichsregierung zu späterer eventueller Aufwertung der Hypotheken, die den § 1 der Steuernotverordnung bilden sollte, in eine feste Bestimmung über die Aufwertung und über die Höhe der Aufwertung der Hypotheken gebracht wird. Das Kabinettsamt wird am Dienstag, nachdem diese Einigung erreicht ist, auf Grund des neuen Entwurfes nunmehr mit größter Wahrscheinlichkeit die Aufwertung in dieser Form und im Zusammenhang mit der allgemeinen Inflationssteuer beschließen. Ob die Aufwertung nur für Hypotheken oder auch für Obligationen gelten soll steht noch nicht fest. Die Höhe der Aufwertung wird wahrscheinlich 10 Prozent betragen.

Wirtschaftsaufbau und Zehnstundentag.

Die Vereinnung der deutschen Arbeitgeberverbände wird am 1. Februar mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten, der der Befundung der deutschen Wirtschaft dienen, die Regierung von einer bürokratischen Politik abhalten und die Gewerkschaften vor dem Widerstand gegen die neue Arbeitszeit warnen soll. Dieser Aufruf wird u. a. folgende Hauptausführungen enthalten:

Mitte November 1918 brachte der böhmische Sprung zum Zehnstundentag einen Ausfall der derzeitigen Arbeitsleistung von rund 20 Millionen Arbeitsstunden täglich, was einer Produktionsverminderung im Werte von etwa drei Milliarden Goldmark jährlich entspricht. Gleichzeitig wurde der Stundenlohn um 20 Prozent erhöht, so daß die unproduktiven Generalunkosten der deutschen Wirtschaft eine Mehrbelastung von etwa 10 Millionen Goldmark täglich erforderte. Das ist der erste und Hauptgrund zu der sofort einsetzenden Teuerung zu der ganzen Inflation und unserem Wirtschaftszusammenbruch. Am 17. November vorigen Jahres wurde nun der schematische Zehnstundentag im Reichstage stillschweigend eingelesen, indem man die Demobilisierungsverordnung über die Arbeitszeit nicht weiter verlängerte. Im Dezember 1923 wurde aber die Wirtschaft durch die Arbeitszeitverordnung der Regierung erneut aetnebelt und gleichzeitig begann der dogmatische Widerstand der Gewerkschaften gegen die Mehrarbeit. Ebenso schließt sich der staatliche Zwang über die Regelung der Arbeitsbedingungen an.

Demgegenüber wollen die Arbeitgeberverbände nicht etwa den schematischen Zehnstundentag, nicht etwa die Anechtung der Mehrarbeit oder Lohnverflachung, sondern diejenige Arbeitszeit, die für die Allgemeinheit den höchsten Nutsfaktor ergibt, ferner eine Hebung der Kaufkraft der Massen durch Steigerung und Verbilligung der Produktion und dadurch Freiheit und Kraft für Wirtschaft und Volk, damit nicht erneut die Revolution als Lohnbewegung uns einen dann endgültigen Zusammenbruch bringe.

Die Rentenbank über die Belastung von Landwirtschaft und Industrie.

Die Deutsche Rentenbank teilt folgendes mit: Nach § 2 der Rentenbankverordnung sind das Kapital und die Grundrücklage der Rentenbank zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft auf der einen Seite, von Industrie, Gewerbe und Handel, einschließlich der Banken auf der anderen Seite aufzubringen. Die Landwirtschaft ist nach den Vorschriften der Verordnung mit 4 Prozent des Grundstückwertes zu belasten. Die Last ist mit 8 Prozent zu verzinsen. In Höhe desselben Goldmarkbetrages, den die Landwirtschaft insgesamt als Sicherheit stellt, sind Industrie, Handel, Gewerbe und Banken heranzuziehen. Die Verteilung dieses Betrages hat nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen eine prozentuale Belastung der industriellen Betriebsvermögen ergeben, die nicht niedriger ist als die prozentuale Grundstückbelastung. Bei dem landwirtschaftlichen Grundvermögen über die Errechnung der Umlage und ihre Verteilung auf die einzelnen Unternehmungen besteht ein Einverständnis zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Verwaltungsrat der Rentenbank. Die Finanzämter sind entsprechend angewiesen und bereits damit beschäftigt, nach Maßgabe dieser Berechnung die Schuldverschreibungen für die Rentenbank aus-

fertigen zu lassen. Im übrigen sind die Arbeiten der Finanzämter bereits soweit vorgeschritten, daß mit ihrem Abschluß, auch soweit die Belastung der Landwirtschaft in Betracht kommt, Ende Februar dieses Jahres gerechnet werden kann. Dieser frühere Zeitpunkt ist gewählt worden, damit der Einsetzungszeit zum 1. April dieses Jahres für die Rentenbank sichergestellt wird.

Streikhege bei der Reichsbahn.

Ueber die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Streiktreibern unter dem Eisenbahnerpersonal hört W.D. von unterrichteter Seite folgendes:

Die bittere wirtschaftliche Notlage hat die Reichsregierung gezwungen, außer dem großen Personalabbau auch eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit der Beamten auf neun Stunden anzuordnen. Nach dem Beamtenrecht können die Beamten hierfür eine entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge nicht beanspruchen. Dieser Umstand hat bei der Reichsbahn die Folge, daß die vielfach neben den Beamten tätigen Arbeiter vor der Frage stehen, ob sie da, wo auch ihre Arbeitszeit verlängert werden muß, sich mit dem für die neun Stunden ihnen angebotenen halben Stundenlohn (sie würden für neun Stunden Arbeit achteinhalb Stundenlöhne beziehen) begnügen wollen oder nicht.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, dem der größte Teil der Eisenbahnerarbeiter angehört, glaubt, die teilweise Streckung der Arbeitszeit, ohne die eine wirtschaftliche Betriebsführung nicht möglich ist abzuwehren zu sollen und nimmt gegenwärtig unter seinen Mitgliedern eine Urabstimmung vor. Ob in einem „Abwehrstreik“ getreten werden soll. Man möchte dringend hoffen, daß bei dieser Abstimmung klare Überlegung die Oberhand behält.

Die Stellung des Verkehrsministers gegenüber einem solchen Streik kann nicht zweifelhaft sein. Jene, welche Gruppen der Allgemeinheit würden die Eisenbahner kaum für sich haben, denn sie würden die Anfänge der Befundung unseres Wirtschaftslebens im Keime ersticken und die gefestigte Währung in Lebensgefahr bringen. Jede Erschütterung der deutschen Wirtschaft wird ein weiteres Sinken des Verkehrs zur Folge haben und damit den Umfang des Abbaus zwangsläufig vermehren.

Daß auch Beamte in den Streik treten, dürfte nach deren Erfahrungen von 1922 nicht mehr wahrscheinlich sein. Ihnen würde die Öffentlichkeit, zumal in der heutigen Zeit, noch viel weniger Verständnis und Rücksicht entgegenbringen als dem Arbeiter. Ein streikender Beamter würde auch bald merken, daß er nicht die Verwaltung die ihren Personalbestand einschränken muß, sondern sich selbst am meisten schädigen würde. Es ist zu hoffen, daß die gesunde Überlegung siegen und eine gewalttätige Auseinandersetzung vermieden wird, von deren Ausichtslosigkeit jeder urteilsfähige Führer der Eisenbahnerverbände heute schon überzeugt sein muß.

Schärfste Maßnahmen gegen den Eisenbahnerstreik.

Der Verkehrsminister hat durch Verfügung vom Sonntag die Veranstaltung von Urabstimmungen über den vom deutschen Eisenbahnerverband empfohlenen Eisenbahnerstreik in den Werkstätten der Reichseisenbahnen verboten.

Die Eisenbahndirektionen sind angewiesen, Beamte und Arbeiter vor einer Beteiligung an den Streikabstimmungen zu warnen, die bei der Finanzlage des Reiches nur mit Dienstentlassung geahndet werden könnten. Im Reichseisenbahnbetrieb sind zum 1. März weiteren 8200 Beamten und 11000 Arbeitern gekündigt worden.

Zu der Abstimmung über den Streik drängt noch das Volkswort: Nach den bisher vorliegenden Abstimmungsergebnissen scheint die notwendige Dreiviertelmehrheit für den Streik nicht zustandzukommen. In den Gegenden, wo die radikalen Elemente die Oberhand haben, ist zwar eine überwiegende Mehrheit für den Streik vorhanden, jedoch sind die Bezirke, die sich gegen den Streik erklären haben, in der Mehrheit geblieben.

In Bayern ist die Urabstimmung durch den Generalstaatskommissar ebenfalls verboten worden. In Augsburg wurden die Wohnungen der Mitglieder des Betriebsrates und die Büros durchsucht und alles vorräufende Material für die Urabstimmung beschlagnahmt. Die Funktionäre des Eisenbahnerverbandes wurden im Abstimmungstotal verhaftet.

(Vergleiche auch unter „Stadt und Land“.)

Das Walchenseewerk in Betrieb genommen.

Am Sonnabend nachmittag hat sich ein für das bayerische Wirtschaftsleben außerordentlich bedeutsames Ereignis durch die teilweise Inbetriebnahme

zu
füh
hälft
Staatso
Mitwirk
auserles
sich jede
Veranstalt
Sonnenaufg
4.45, Mond
aufgan

Fußballsport. 2
21, Halbzeit 1:1. (S
eingefunden, um Be
Leider ließ der hart
her sehr holprige Be
wandfreie Leistungen
nicht recht erfüllt w
meinen einen glat
öfteren in Gefahr.
Sintermannschaft de
kämpfen, hielt sich o
einmal zum Erfolg
indem der rechte Be
rierten Ball im ley
recht hinein besörde
rung der Zuschauer
gleich bald darnach
der rechten Seite u
verständliche Absel
mannta, begünstigt
ermochte das Bede
den, da erstens die
stelbeinig wurde u
heit nicht recht zu
ist, eben durch die
sücht zu geben.
Schnelligkeit vorau
wettmachte. Der
Schneeberg, hatte
gana auf ihn, so
schauer kommt, w
scheidung ab, die o
von ihm nicht zurü
Einwürfen hinreiß
nochmals darauf h
gleich ob berechtigt
regelrechten Verlau
denfalls Platzvern
verlor gegen B. f.
spielt Alemannia 1
B. f. S. Schneeberg
den Freitag, den 1
lung der Fußball-2

Wodaun. Mi
der Mieter und B
Schiedsstelle für S
leider war dem Kul
besitzer waren nur
etwa vorhandene C
statt. S. Dietrich
Mieter und ermahnt
pochen, sondern a
Pflichten zu erfüll
mieter der Januar
Mietervereins, Ser
nen die gegenwärt
der der Hausbesitz
während jene gar n

Zeit erschreckt wi
zu können. Was
jugendlicher Zus
ten sie zum erst
Liebe sie aneinan
jenen verräteris
deren Augen.
liebten und gel
mit Worten zu
ruhige alles ver
Flamme geworde
verbergen, und
derselben.

Nach einer
sagte in treue
noch mit einand
„Waldrich,
ders werden wie
„Können?
selbst nicht, Nie
ich dich verliere
„Verloren,
he mich nicht u
dass mein
„Aber, wer
„Dann wir
Georg, zehntaus
Gaste. Aber di
Mama. Ich wi
Nimm auf dies
mich.“

Er nahm
Nissen. „Es is
„Ich durste es
Ihnen. Brechen
„Und sind
„Ach, ich n
blid!“ rief er le
„Fort!“ rief
warten. Fort,
euch.“ Sie stes
aber an der Z

enbern
n, nun,
nge ist,
r das
rungen
al diese
ellischs,
so darf
werden,
L besser
Dienste
Warte-
an hat
stignun-
ie. Da
tgebern
Textil-
entral-
rbeits-
t Frel-
t und
erband
eit un-
nehmer
mtliche
nästete
öchsten
ausge-
nästete,
ausge-
Salben
0,18;
Schafe,
neren
0,7b,
Preise
Linien
für
 Prozent
boden
Vor-
gung.
schule
hat
Vor-
utsche
eder),
ukon-
teih-
tatte-
r die
hree,
richt,
gunst
egen-
lung
um-
prach
nten-
astz-
delte
sver-
iten-
zung
bet
stelle
hrte
Gle
hrab
inen
ahm
arfe
ren-
ae-
dem
Mia
daß
ein-
Mte
eral
ten.
und
nal
n.“
na-
lich
er-
ort
i!“
uch
er-
ich
us
is
ch-

Menschenmenge, an-
 schuldigen zu schrei-
 standen die ange-
 allen polizeilichen
 großen Reihe von
 Hülfe ohne
 ohne sich zu rühren,
 in Demonstrationen
 hrend des in Wer-
 der dortige Poli-
 in der dieser vom
 ge zur Ermordung
 lehnte polizeilichen
 t in der Lage und
 Forderungen der
 Wiederholt waren
 presserischen Lohn-
 Unternehmer an-
 ten sie den Unter-
 , um weiteres Un-
 g erteilte der mit
 izei betraute Bür-
 bedrohten Indu-
 teindevorstand in
 er von den vor-
 bruch vollkommen
 n eines schwer be-
 te Polizei bei ihm
 e, es sei alles in
 roht, als sich ein
 eres fügte, mit
 So ergibt die
 die Unternehme-
 n terroristisch ge-
 hlos ausgeliefert

, daß die Ursache
 Verhalten der so-
 st, die in Sachsen
 on kurzer Dauer
 i Parteien unter
 chaft der kommuna-
 le sich von vorn-
 assenkampfes" be-
 deren Teilen des
 chaften geduldet,
 era Reigner-Vieb-
 nitten, daß im
 icht nicht gegen
 et werden sollten.
 t Reigners die in
 ingen nach Wäg-
 en Gerichte ent-
 atungswege zuge-
 lte wurden bei
 ter Umgehung der
 t unmittelbar den
 politische Delikte,
 Sollen dabei alle
 sammenhänge mit
 erung der staats-
 ng begangen sind.
 berfehlungen von
 dem in Sachsen
 nlederzuschlagen,
 die nach der Er-
 färke einsehenden
 durch die Gerichte
 t Berüßern ferro-
 leberzeugung Tor
 ig nicht zu gewähr-

ermühle bei Aue.
en Mittwoch
: Reunion.

rradgummi

intel 3.25
 Dual. 3.65 u. 4.—
 prima 4.25 u. 5.—

Käuche
 prima 1.20 u. 1.35
 isbeden prima 5.—
 prima 5.50 u. 5.85

fahrräder ●

— Katalog gratis.
 Levy, Hildesheim 96.

allbetten,
 ragen, Kinderbetten
 wate, Katal. 74 U frei.
 ellabrik Subl (Thür.)

iebrauchtes
monium

ert zu verkaufen.
 en im Auer Tagebl.

OOO Mr.

Stelle auf großes
 bstituiert für sofort ge-
 rebote unter A. T.
 e Geschäftst. dieses
 beten.

iebs- und
ingenieur

iegstellnehmer, leb.,
 b. Zwoldauer Unge-
 ht für sol. Stellg.
 t ob. spät. Stellg.
 b. unter A. T. 845 an
 Tageblatt erbeten.

Sehens
 und für
 er...
 Gernst
 Cologe

D

hatte
 Schan
 die e
 woter
 eine
 glau

ris u
 legen
 der
 und
 bedir
 Wen
 dürft
 sich
 nisch
 insti
 Jede
 zu t

Rap
 Aus
 habe
 nanz
 Wort
 keine
 ein

Par
 Wit
 verfi
 daß
 Höfl
 sich
 zu d
 dera
 sond
 Ein
 Wit
 er i
 über
 polit
 Stei
 Sch
 verfi
 bei
 daß
 schaf
 land
 An

daß
 der
 Set
 war
 bet
 Wet

nich
 die
 folg
 den
 Br
 Hag
 Bar
 teil
 häl

Er
 schä
 sich
 den
 sche
 all
 thr
 Bu
 ten
 soll

sch
 von
 We
 tig
 der
 der